

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 379 / 2013

Kiel, Donnerstag, 22. August 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Fischerei / Küstenfischereiverordnung

Oliver Kumbartzky: Die aktuellen Pläne bedeuten das Aus für die gewerblich tätigen Fischer

In seiner Rede zu Top 20 (Änderung der Küstenfischereiverordnung) erklärt der fischereipolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Diese Debatte schließt sich nahtlos an die Debatte an, die wir soeben über die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft führten. Auch bei den Fischern gibt es großes Unbehagen über den zuständigen Minister und die rot-grün-blaue Koalition.

Aber nicht nur die Fischereiverbände wehren sich gegen die Pläne zur Änderung der Küstenfischereiverordnung, sondern auch die Kommunen, in denen die jeweiligen Fischereiflotten beheimatet sind. Und das mit guten Gründen, wie beispielsweise die Stellungnahme der Gemeinde Strande zeigt.

Die Fraktionsvorsitzenden der Strander CDU, FDP und SPD schreiben, ich zitiere:

„Gerade die Fischerei und der Hafen sind das touristische Aushängeschild der Gemeinde neben dem Naturstrand und der Steilküste. Die Betroffenheit der Gemeinde Strande durch die in der Diskussion stehende Novelle [der Küstenfischereiverordnung] besteht darin, dass neben den gravierenden indirekten Auswirkungen auf den Tourismus – durch Ausbleiben der Möglichkeit einer bisher immer politisch geforderten Vermarktung regionaler Produkte – direkt auch die Existenz der gewerblichen Fischer innerhalb der Gemeinde auf dem Spiel steht. Diese Fischerei wird überwiegend durch traditionsreiche, handwerkliche Familienbetriebe aus der Gemeinde ausgeübt.“

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, neben der Tatsache, dass als Begründung für die einschneidenden Maßnahmen auf eine völlig unzureichende Datenbasis zurückgegriffen wird.

Sehr aktuell ist übrigens, dass sich in diesen Tagen auch bei unseren Nachbarn in Dänemark der Widerstand gegen die Pläne von Robert Habeck formiert.

Von der Sperrung der besagten Gebiete in der Ostsee für die Stellnetzfisherei wären nämlich auch dänische Fischer betroffen. Der dänische Fischereiverband läuft bereits Sturm gegen die Pläne der Landesregierung und auch hier frage ich mich, warum SPD und SSW das offenbar klaglos hinnehmen.

Ich hatte im Januar die leise Hoffnung, dass sich SPD und SSW noch im Sinne der Fischer ein- und dann auch durchsetzen. In der Flensburg Avis wird am 22. Januar zum Beispiel Flemming Meyer mit den Worten zitiert: *„Wir müssen eine Lösung finden, mit der die Fischer leben können. Es kann nicht angehen, dass wir ihnen die Existenzgrundlage nehmen.“*

Und schließlich ist auch im Koalitionsvertrag von einer Stärkung der handwerklichen Fischerei die Rede.

In Dänemark ist übrigens eine Studie veröffentlicht worden, in der die Stellnetzfisherei als hervorragendes selektives Fanggerät klassifiziert wird hinsichtlich Vermeidung von Beifang aller Art. Der dänische Fischereiverband gibt übrigens auch wieder, dass sich der Schweinswalbestand in den dänischen Gewässern in den vergangenen acht Jahren verdoppelt habe.

Und im Übrigen ist die Stellnetzfisherei im Vergleich zur gezogenen Fischerei deutlich geringer im Verbrauch von fossilen Brennstoffen. Mit den Plänen von Minister Habeck wird aber genau dieser Punkt konterkariert, denn die Fischer müssten dann deutlich weitere Strecken zurücklegen.

Mein Appell an die Abgeordneten von SPD und SSW ist also, dem vorliegenden CDU-Antrag zuzustimmen oder zumindest dafür zu sorgen, dass ein Kompromiss mit den Fischern gefunden wird. Schauen Sie sich zum Beispiel das ‚Strander Modell‘ an.

Es wurde ja bereits im Dezember letzten Jahres ein Kompromiss gefunden, der dann aber leider zwei Wochen später vom Umweltminister Dr. Robert Habeck aufgekündigt wurde.

Die aktuell vorliegenden Pläne bedeuten das definitive Aus für die gewerblich tätigen Fischer. Die Existenzgrundlage der traditionellen Stellnetzfisherei an unserer Ostseeküste darf nicht zerstört werden.

Auch viele Nebenerwerbsfischer wären gezwungen, ihre Arbeit einzustellen. Dies wäre – wie eingangs beschrieben – für den Tourismus ein erheblicher Verlust. Das können auch der Wirtschaftsminister und die Wirtschaftspolitiker der Koalition nicht ernsthaft wollen. Gerade das Bild der kleinen Fischkutter gehört zu unseren Häfen einfach dazu, und dieses Bild darf nicht durch grüne Ideologie zerstört werden.

Geben Sie sich einen Ruck, noch lässt sich Schlimmeres vermeiden.“